

Spitäler werden ihre eigenen Bauherren

KANTONS RAT Neubauten planen und realisieren das Kantonsspital Winterthur und die Integrierte Psychiatrie Winterthur-Unterland ab 2019 in Eigenregie. Die Linke muckte auf und murrte, aber nicht geschlossen.

Nun ist es quasi beschlossene Sache: Per Anfang 2019 erhalten das Kantonsspital Winterthur (KSW) und die Integrierte Psychiatrie Winterthur-Zürcher Unterland (IPW) mehr unternehmerischen Spielraum. Der Kantonsrat hat die beiden neuen Gesetze gestern Nachmittag beraten und ist ganz auf der Linie mit dem Regierungsrat, was nicht überrascht. Die zuständige Kommission hatte die Entwürfe schon vor Monaten mit 13:2 Stimmen durchgewinkt. Denn nach dem wichtigen Doppel-Nein an der Urne zur Umwandlung der Spitäler in Aktiengesellschaften im vergangenen Jahr hatte der abtretende Gesundheitsdirektor Anfang Jahr zwei neue Vorschläge präsentiert, die auch der Mehrheit im linken Lager unverdächtig scheinen mussten, nämlich «Zwillingsgesetze», wie sie analog seit Anfang Jahr fürs Universitätsspital (USZ) und für die Psychiatrische Universitätsklinik (PUK) gelten.

Was sich ändert:

- Rechtsform: Was das KSW bereits ist, wird nun auch die IPW: eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigenem Spitalrat, dem obersten Leitungsorgan.
- Bauten: Neu plant und baut nicht mehr die Kantonsverwaltung. KSW und IPW werden von

Mietern zu Investoren und Bauherren, der Kanton überträgt ihnen das Baurecht. Finanzieren müssen sie die Vorhaben selbst, rechnen aber mit erheblich kürzeren Fristen und daher fortan gleich langen Spiessen wie die Konkurrenz der anderen Spitäler. • Finanzen: Kredite für ihre Bauten dürfen KSW und IPW künftig am privaten Kapitalmarkt aufnehmen. Auch der Kanton kann ihnen Grundkapital (Dotationskapital) vergeben. Neu ist die Höhe dafür nach oben offen. Ab drei Millionen entscheidet weiterhin aber der Kantonsrat. Neu sind KSW und IPW nicht mehr dem kantonalen Finanzhaushaltsrecht unterstellt. Die direkte finanzpolitische Kontrolle durch das Parlament entfällt.

Was (praktisch) gleich bleibt:

- Politische Kontrolle: Beide Anstalten bleiben im Besitz des Kantons, ihm obliegt nach wie vor die politische Kontrolle. Der Regierungsrat legt in der Eigentümerstrategie Ziele und Vorgaben fest, die das Parlament später genehmigt. Er stellt Anträge ans Parlament zum Dotationskapital und wählt die Mitglieder des Spitalrats, des obersten strategischen Organs. Zudem genehmigt die Regierung den Geschäftsbericht und verabschiedet die Jahresrechnung. Die meisten dieser



Kantonsspital und Klinik Schosstal (IPW) erhalten die Verfügungsgewalt über ihre Bauten.

Fotos: Marc Dahinden

Entscheide muss das Parlament genehmigen.

- Personal: Die KSW- und IPW-Angestellten unterstehen weiterhin dem kantonalen Personalrecht.

Die Spitaldirektionen hätten sich hier mehr Spielraum gewünscht, etwa bei den Salären, den Ferien oder den Arbeitszeiten. Beim Personal wollten die Ratslinie und die Mitte den Gesetzen gestern nochmals ihren Stempel aufdrücken. Bisher konnte das Personalreglement wider die Kantonsnorm lediglich «falls aus betrieblichen Gründen erforderlich» angepasst werden, eine starre Regelung. Eine Kommissionsminderheit um SP, AL und Grüne wollten künftig Abwei-

chungen hinnehmen, sofern diese zur «Konkurrenzfähigkeit» und «Förderung von fortschrittlichen Arbeitsverhältnissen» beitragen. Die Sozialpartner, namentlich die Gewerkschaften, müssten aber ihren Segen dazu geben, dies als Puffer für mögliche Abweichungen nach unten. «Denn das Personal ist es, das einen solchen Betrieb ausmacht», betonte Andreas Daur (SP, Winterthur) abermals. Das stellte auch Lorenz Schmid (CVP, Männedorf) nicht in Abrede. Er hätte es dennoch anders formuliert und künftig Abweichungen «aus betrieblichen Gründen oder zur Vermeidung von Nachteilen des Spitals auf dem Arbeitsmarkt erforderlich sind» hingenommen. Beide schei-

terten mit ihren Anträgen bei beiden Vorlagen. Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) hatte an die Notwendigkeit einheitlicher Regelungen für alle vier kantonalen Spitäler plädiert. Gerne werde man allerdings prüfen, ob und inwiefern das kantonale Personalrecht Wettbewerbsnachteile für die vier Spitäler mit sich bringen könne. Er versprach eine «grosszügige Auslegung» des Reg-

WAHL SPITALRAT

Der Spitalrat des KSW wird um ein achttes Mitglied ergänzt. Der Kantonsrat hat die Wahl von Andreas Diesslin genehmigt. Diesslin ist Architekt, Immobilienökonom und Raumplaner,

lements im Sinne der Antragsteller. Konkret geht es etwa um die Einführung einer fünften Ferienwoche, die sich die KSW-Direktion bisher aus Feier- und Bonustagen zusammenschustern musste.

Problem Überkapazitäten

Gar nicht erst eintreten auf die Gesetze wollten AL und Grüne. Ihrer Meinung nach wird die politische Kontrolle durch den Kanton empfindlich stark beschnitten. Über die meist millionenschweren Investitionen kann dieser fortan nicht mehr mitbestimmen. «Fakt ist, dass die Spitäler derzeit Überkapazitäten schaffen. Wer aber trägt das Risiko und bezahlt, wenn das KSW in finanzielle Schieflage gerät? Die Steuerzahler!», mahnte Kathy Steiner (Grüne, Zürich). Das Problem der Überkapazitäten, befand wiederum Schmid, müsse man alsbald auf politischer Ebene regeln. «Hier sind wir gefordert, nicht die Eigentümer!» Die vom Regierungsrat für das KSW und die IPW jeweils beschlossene Eigentümerstrategie diskutiert das Parlament erst nächste Woche. Der Linken greift diese, kaum erstaunlich, viel zu wenig.

Till Hirsekorn

Einstimmig für den Deckel

KANTONS RAT Der Kanton beteiligt sich am Gubrist-Deckel. Mit 168 zu 0 Stimmen wurde der 5-Millionen-Beitrag gestern bewilligt.

Ein Meilenstein für den Bau des Autobahndeckels beim Gubrist-Portal in Weiningen ist gesetzt: Der Kantonsrat hat gestern den kantonalen Beitrag in Höhe von 5 Millionen Franken bewilligt. Damit erhält der Kanton vom Bundesamt für Strassen ein übertragbares Baurecht für die öffentliche Nutzung des Deckels. Dieses Baurecht soll an die Gemeinde Weiningen übertragen werden. Sie plant auf der Überdeckung einen Fuss- und Veloweg sowie den Bau eines neuen Werkhofs und eines Feuerwehrdepots. Die mit dem Bau der dritten Gubrist-Röhre verbundene Siedlungsreparatur war im Kantonsrat unumstritten. Über den Gemeindebeitrag von 3,5 Millionen Franken für den Bau des Rad- und Fusswegs entscheiden die Weinger Stimmberechtigten am 23. September.

Die Gemeinde Weiningen hatte jahrelang für den Bau des Autobahndeckels gekämpft. Pierre Dalcher (SVP, Schlieren) erinnerte daran: 2004 forderte die Gruppe Chance Gubrist unter Führung des damaligen Gemeindepräsidenten Hanspeter Haug (SVP) einen 270 Meter langen Autobahndeckel. Ihre Forderung wurde vom Bund zunächst überwunden. 2014 entschied dann das Bundesverwaltungsgericht zugunsten von Weiningen und verlangte eine 100 Meter lange Autobahnüberdeckung. Der Bund musste einlenken. «Die SVP unterstützt diese Vorlage», sagte Dalcher. Sie nütze nicht nur Weiningen, sondern dem Kanton Zürich und der ganzen Schweiz.

Jonas Erni (SP, Wädenswil) verpflichtete ihm bei: Die Siedlungs-

qualität werde dadurch erhöht. Auch die FDP äusserte sich zustimmend – und benannte die Lehren aus dem langen Rechtsstreit: Bei solchen Projekten seien die Interessen der Bevölkerung zu berücksichtigen, so Christian Müller (FDP, Steinmaur). Weil dies beim Gubrist-Ausbau anfangs nicht der Fall war, sei es zur mehrjährigen Verzögerung gekommen.

Nun soll das Gesamtprojekt bis 2025 fertig sein. 2022 fahren nach Zeitplan die ersten Autos durch die dritte, dreispurige Gubrist-Röhre. Dann werden nacheinander die beiden bestehenden, zweispurigen Röhren für Sanierungsarbeiten geschlossen – und bis 2025 wieder geöffnet. Dies erhöht die Kapazität einer der meistbefahrenen, seit Jahren chronisch verstopften Strassen der Schweiz.

Exemplarischer Fall

«Es ist schön, dass sich der lange Einsatz der Bevölkerung gelohnt hat», sagte Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon) im Hinblick auf den Autobahndeckel. Sie erhalten nun besseren Lärmschutz, zudem die erwähnten Deckelnutzungen. Es sei eine für alle Beteiligten gütliche Einigung getrof-

fen worden, fügte Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon) an.

Für Martin Neukom (Grüne, Winterthur) ist der Fall exemplarisch: «Weiningen ist ein Beispiel dafür, welche Kosten der Verkehr verursacht – nicht nur in Form von Geld, sondern auch von Siedlungsqualität.» Der Bund rechnet für das Gesamtprojekt, durch das die Nordumfahrung Zürich auf sechs Spuren ausgebaut wird, mit Kosten von 1,55 Milliarden Franken.

Hohe Priorität

Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh betonte, der Gubrist-Ausbau habe für den Regierungsrat hohe Priorität. «Die Blockaden konnten gelöst werden. Ein wichtiger Punkt dieser Lösung ist der 100 Meter lange Portaldeckel.» Er ermögliche eine Siedlungs- und Landschaftsreparatur. «Mit diesem Kredit übernimmt der Kanton keine Bundesaufgabe, sondern er erfüllt Wünsche des Kantons und der Gemeinde», hielt die FDP-Regierungsrätin fest. Ein Ja sei ein wichtiges Zeichen an den Bund, aber auch an die Gemeinde Weiningen. Es handle sich um eine ausgewogene, faire Vorlage.

Matthias Scharrer



Der Autobahndeckel in Weiningen dient der Siedlungsreparatur.

Foto: PD

Bürgerliche bekämpfen «Linksdrall» in Lehrmitteln

SCHULE SVP und FDP wollen gesetzlich festschreiben, dass der Schulstoff politisch und konfessionell neutral zu sein hat. Für sie ist er zu linkslastig.

Alarmiert durch einen Artikel in der NZZ von Ende August, gehen die Kantonalparteien von SVP und FDP in die Offensive. Kampfzone ist die Bildungspolitik. In einem gross aufgemachten Text hatte die NZZ nämlich moniert, verschiedene Lehrmittel seien mit politischen Parolen durchsetzt. So werde im Geschichtsbuch «Gesellschaft im Wandel» auf die Gewerkschaft Unia ein Loblied gesungen. Ein «antikapitalistisches und klassenkämpferisches Geraune» ziehe sich durch das gesamte Buch. Linke NGOs würden unkritisch beworben und kämen in Schulzimmern zu Auftritten, während Gewerbe- und Wirtschaftsorganisationen keinen Platz hätten.

Diesen angeblichen Linksdrall in den Schulen wollen die beiden Parteien mit zwei parlamentarischen Initiativen stoppen. Konkret verlangen sie Änderungen im Bildungs- und Volksschulgesetz sowie im Gesetz über den Lehrmittelverlag. Das Ziel ist überall dasselbe: politische und konfessionelle Neutralität im Unterricht. In der Verfassung und im Bildungsgesetz stehe dies zwar bereits, doch es bleibe toter Buchstabe, weil es an der Durchsetzung fehle, schreiben die beiden Parteien.

Inhalte austarieren

Vom Bildungsrat verlangen sie, dass er die «politische und konfessionelle Neutralität des öffentlichen Bildungswesens» sicherzustellen hat. Und neu soll im Volksschulgesetz stehen, dass die Volksschule politisch um-

strittene Inhalte zurückhaltend behandeln und unterschiedliche politische Ansichten ausgewogen darstellen muss. Die vom Bildungsrat bestellte Lehrmittelkommission soll darauf verpflichtet werden, nur politisch neutrale Lehrmittel zur Verfügung zu stellen.

Die beiden Parteien wollen zudem Lehrpersonen in die Pflicht nehmen, wenn sie auf «unterrichtergänzende Angebote von Akteuren ausserhalb der Schule» zurückgreifen. Gemeint sind NGOs wie etwa Greenpeace oder Hilfsorganisationen wie Caritas. In diesen Fällen trügen sie, die Lehrpersonen, die Verantwortung für die Lerninhalte. Sie müssten darüber wachen, dass diese Angebote politisch neutral seien und die politischen Akteure ausgewogen berücksichtigt würden. Bereits bestehende Lehrmittel seien zudem alle vier Jahre auf ihre Neutralität zu überprüfen.

CVP teilweise im Boot

SVP und FDP haben zudem eine Interpellation zum Thema eingereicht. Mitunterzeichnerin ist die CVP. Das ist insofern bemerkenswert, als die CVP mit Silvia Steiner seit 2015 die Bildungsdirektorin stellt. Steiner präsidiert von Amtes wegen den Bildungsrat, der zuständig für die Bildungsinhalte ist. In der Interpellation wollen die drei Parteien von der Regierung wissen, ob und welche Lehrmittel in den letzten fünf Jahren wegen fehlender politischer Unausgewogenheit zurückgezogen worden sind. Ausserdem fragen sie, wer genau in der Praxis zuständig sei für politisch neutrale Inhalte. Die Antwort geben sie in der Begründung der Vorstösse gleich selber. Sie glauben nicht, dass all das hinreichend geregelt ist und kontrolliert wird. Thomas Schraner

In Kürze

CAFÉ SCHOBER

Pächter geht per März 2019

Michel Péclard steigt per Ende 2019 aus dem zehnjährigen Mietvertrag für das Café Schober in der Zürcher Innenstadt aus. Er hatte die Pacht 2009 von den Betreibern der Coniserie Teuscher übernommen. In einem Communiqué nennt Péclard eine ungenügend Ertragslage als Grund fürs Aufhören. Zudem habe die Hausbesitzerin «eine andere Auffassung von kreativem Wirten». Fr die 15 Angestellten fänden sich Lösungen in anderen Betrieben der Péclard-Gruppe. red

GRUNDEINKOMMEN

Experiment stösst auf Interesse

Das Experiment mit dem bedingungslosen Grundeinkommen in Rheinau kommt voran. Die Anmeldezahlen von Personen, die gerne teilnehmen wollen, liegen definitiv oberhalb der geforderten Mindestgrösse. Etwa 800 seien interessiert, sagte Gemeindepäsident Andreas Jenni gestern auf Anfrage. Mindestens 650 waren nötig. Es folgt nun die Geldsammelaktion. Drei bis fünf Millionen Franken müssten Private und Stiftungen zusagen, damit das Experiment durchgeführt werden kann. sda

BENEFIZLAUF

120 000 Franken kamen zusammen

459 Personen nahmen am Sonntag am Lauf gegen Rassismus, für Toleranz, Integration und gegen Fremdenfeindlichkeit in Zürich teil – ein neuer Rekord. 120 000 Franken wurden eingenommen. Unterstützt werden vier nicht staatliche Organisationen, teilt der Gewerkschaftsbund mit. sda